

# Sohrauer Stadtblatt

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

**Verkauf:**  
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 2,00 Mk.,  
bei allen Voranhalten 2,10 Mk.

Druck und Verlag von  
P. Hundt's Stadtdruckerei, Sohrau O.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hundt.

**Anzeigen-Preis:**  
für die einseitige Zeile für den Raum 20 Z.  
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinungstage.

Nr. 19.

Verstärk. Nr. 49

Sonnabend, den 6. März 1920.

Verstärk. Nr. 49

42. Jahrg.

## Die Auseinandersetzung mit dem Königshaus vor der Preussischen Landesversammlung.

Berlin, 3. März. Die Auseinandersetzung des preussischen Staates mit dem Königshaus, die schon viele Wochen die Presse und die Öffentlichkeit beschäftigt hat, bildet am Dienstag den Verhandlungsgegenstand der preussischen Landesversammlung. Wie bei allen Anlässen, die ein Auseinanderlegen der Meinung und lebhaften Erregung erwecken lassen, wies auch diesmal die Tribüne einen starken Besuch auf. Selbst der Sitzungssaal, der sonst eine gähnende Leere aufweist, zeigte Abgeordnete, die bei ersten Beratungen meist fehlen. Bekanntlich war es unter den Mehrheitssozialisten insofern der vom Minister Südekum angearbeitete Vorlage zu scharfen Meinungsverhieben gekommen und man sprach sogar von einer Ministerkrise und von der Möglichkeit des Rücktritts des preussischen Finanzministers. In letzter Stunde wurde die Zustimmung der Lage jedoch abgesehen und zwar glaubten die Sozialdemokraten einen Ausweg gefunden zu haben, durch einen Antrag, die ganze Frage der Vermögensauseinandersetzung mit der Krone durch rechtsgerichtliche Regelung zu erledigen. Diesen Antrag begründete in der gestrigen Dienstagssitzung der Sozialist Dr. unter starken Angriffen auf das frühere Königshaus. Ihre solche Behauptung der Angelegenheit ist natürlich der Sache nicht förderlich. Nur ruhige und sachliche Auseinandersetzungen können zu einem guten Ende führen. Das Zentrum jedenfalls begrüßt es, daß der Entwurf die Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung bietet. Es stimmt auch der dem Vergleich zugrundeliegenden allgemeinen Richtlinien, daß die Auseinandersetzung auf der Grundlage des bestehenden Rechtszustandes getroffen werden muß. Ihr Vorschlag bei der ganzen Angelegenheit ist die Devise: „Geht dem Kaiser was des Kaisers ist!“ Bei dieser Stellungnahme erübrigt sich ein Eingehen auf einen Antrag der Unabhängigen, das Vermögen des Königshauses einfach zu enteignen. Den Antrag der Sozialisten lehnt das Zentrum ebenfalls ab, denn es steht auf dem Standpunkt, daß Preußen das Reich nicht nötig haben solle, um sich mit seinem früheren Königshaus in Frieden auseinanderzusetzen. Gerade der neue preussische Freistaat sollte es sich zur Ehre anrechnen, diese Angelegenheit in vornehmer Weise zu regeln. Die ganze Angelegenheit bedarf jedoch noch eingehender Ausführenden und deshalb hielt das Zentrum seine Ueberweisung an einen Rechtsausschuß für erforderlich unter gleichzeitiger Betonung der Bereitschaft, auf den Boden des Vergleichs zu treten. Nach dem Redner des Zentrums, dem Abgeordneten Oppenhof, der diese und ähnliche Gedankengänge ausführte, hielt Adolf Hoffmann eine mehr stündige agitatorische Rede. Nach ihm sprach dann noch Minister Dr. Südekum, worauf die Vorlage einem besonderen Ausschuss überwiesen wurde.

### Das Vermögen der Hohenzollern.

Der „Vorwärts“ bringt aus dem 40. Drucksatz umfassende Vergleichsentscheidungen, die zwischen dem kaiserlichen Wilhelm II. und dem preussischen Staat vereinbart ist, eine Uebersicht der Vermögensverhältnisse der Hohenzollern in Deutschland. Der erste Punkt des § 1 erhebt unter 50 Nummern die Einkünfte und Grundstücke, auf welche die Hohenzollernfamilie zugunsten des Staates Verzicht leistet. Dazu kommen unter Punkt 2 in 89 Nummern die Einkünfte und Grundstücke, die den Hohenzollern vorbehalten bleiben sollen, weiter in § 2 unter 25 Nummern die Einkünfte und Grundstücke, die gegen Entgelt an den Staat übergehen. Aber die Anzahl der Katalognummern (Nummern 114) erhebt nicht die Zahl der Vermögensgegenstände, denn mitunter erstreckt unter einer Katalognummer eine ganze Reihe von Häusern und Grundstücken, mitunter auch ganze Besitztümer, Waldabteilungen usw. die an sich wieder einen Komplex von Gebäuden und Grundstücken ausmachen. Unter den 89 Katalognummern, die nach dem

Entwurf den Hohenzollern vorbehalten sollen, befindet sich unter einer Nummer ein einziges Objekt, das eben erst für vierzig Millionen Mark käuflich veräußert wurde, und dieses ist bei weitem nicht das wertvollste von allen, die im Katalog angeführt sind. Nicht weniger als eine halbe Nummer von dem Gesamtwert 114 des Vergleichs ist im Vergleich mit nur 10 Millionen Mark, so würde sich allein der Wert der Gebäude und Grundstücke, welche die Hohenzollern bei ihrer Verjagung in Preußen zurückließen, auf weit über eine Milliarde stellen. Außerdem aber befinden sich im Besitze der Hohenzollern z. B. 1000000 Acker, die sich an den Staat übergeben sollen und deren Wert der eigene Reichsbesitzstand des Hauses auf mindestens 800 Millionen Mark ansetzt. Dazu rechnet man die Schätze an Juwelen, goldenen und silbernen Geräten und tausend anderen Dingen, so stellt der Besit der Hohenzollern ein Milliardenvermögen dar, das in Europa schwerlich seinesgleichen finden dürfte. Demgegenüber müßte die veränderte Lebenshaltungsumme von hundert Millionen als nicht zu hoch gegriffen erscheinen.

### Bisher 250000 Kriegsgefangene aus Frankreich zurückgeführt.

Berlin, 1. März. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Flüchtlingsangelegenheiten teilt mit, daß bisher rund 250000 Mann, darunter 4400 Offiziere aus den Kriegsgefangenenlagern Frankreich zurückgeführt sind. Durch den Generalbefehl der Eisenbahnen in Frankreich ist der Abtransport bisher nicht behindert worden. Es sind noch getrennt auf den bekannten Linien die üblichen sechs Transports aus der ehemaligen Kampfzone eingetroffen, auch heute liegen schon Meldungen über neuangekommene Transporte vor.

### Die deutsche Kriegsmarine.

Berlin, 2. März. Bei den Stationskommandos der Ostsee und der Nordsee wurde je ein Geschwaderverband unter dem Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee bezw. der Nordsee, ferner eine Ostsee-Torpedobootsflottille und eine Nordsee-Torpedobootsflottille mit je 2 Torpedobootsflottilien gebildet. Die Minensuchverbände wurden den Befehlshabern der Seestreitkräfte unterstellt. Jedem Geschwaderchef ist ein zweiter Admiral beigegeben.

### Nicht vor Mitte des Monats Abschluß des Prozeß Herfflich.

Berlin, 4. März. Zu den Gerichten über eine Kabinetts- und Ministerumwandlung schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Mit Abschluß des Prozesses Herfflich sei kaum vor Mitte des Monats zu rechnen. Ebenso nicht mit einer etwaigen Umbildung des Kabinetts vor Eintritt in das letzte Märzdrittel. Anzeichen für umfangreiche Veränderungen lägen nicht vor.

Berlin, 3. März. Die Notwendigkeit einer Umbildung der Reichsregierung im Anschluß an den möglichen Weggang des Reichsfinanzministers Erzberger steht im Vordergrund der politischen Erörterung.

### Italien und Frankreich.

Rom, 5. März. Aus Rom wird gemeldet: Noch nie seit Kriegsbeginn ist die Verstimmung und die allgemeine Erregung gegen Frankreich in Italien so hoch gestiegen wie heute. Obwohl schon die französische Balkanpolitik zwischen beiden Verbündeten einen tiefen Riß hervorgerufen hat, sind jetzt die Entfaltungen über eine beabsichtigte Militärkonvention zwischen Jugoslawien und Frankreich hinzugekommen, deren Zweck in einem eventuellen gemeinsamen Angriff auf Italien bestehen soll. Heute ist es soweit gekommen, daß man dem von Rastignac aufgestellten Grundsatze der radikalen Entfranzöserung überall zustimmt. Rastignac ist in der „Tribuna“ so weit gegangen, Frankreich mit einem Apachen zu vergleichen, der einem armen Mädchen von rückwärts einen Dolchstoß versetzen will. Dementprechend ist auch die Stimmung gegenüber Deutschland zurzeit eine solche, wie sie seit Jahren nicht bestand.

### Neuer Kredit zur Senkung der Lebensmittelpreise.

Berlin, 3. März. Die Berliner Kabinett-Konferenz: Der zuletzt von der Nationalversammlung bewilligte Kredit von 3 Milliarden zur Senkung der Lebensmittelpreise geht seiner Erschöpfung entgegen. Das Reichskabinett steht vor der Frage, ob es einen neuen Kredit für diese Zwecke beantragen soll. Die Meinungen darüber sind geteilt. In der Praxis ist nur eine geringfügige Wirkung auf die Lebensmittelpreise eingetreten, die im übrigen mit der allgemeinen Linderung Schritt gehalten haben. Soweit sich beurteilen läßt, dürfte sich im Kabinett jedoch eine Mehrheit für einen neuen Kreditantrag zur Senkung der Lebensmittelpreise finden. Der Kredit würde sich dann diesmal vermutlich auf 5 Milliarden belaufen müssen, falls er überhaupt von Nutzen sein sollte. Das Kabinett wird sich bereits in einer seiner nächsten Sitzungen über die Frage schlüssig machen.

### Die Leiden der deutschen Beamten in Polen.

Berlin, 2. März. „Der Geselle“ in Brauberg berichtet: Zum April d. Js. steht wieder eine Massenabwanderung deutscher Beamter aus Polen bevor. Unter anderem ist zu diesem Termin rund 1200 Eisenbahnbeamten von der Eisenbahndirektion Polen geteilt worden. Von den polnischen Beamten bleiben zum April d. Js. noch in Polen: von 24 Oberbeamten (Abteilungs-) 8, von 105 Sekretären 27, von 63 Assistenten 17 und von 44 Ranglisten 21. Diese Maßnahme ist eine ungewöhnliche Härte, die auch unter den hier zurückgebliebenen Deutschen wachsende Unruhe hervorgerufen muß. Besonders wird durch die Abwanderung der Eisenbahnbeamten das Wirtschaftsleben des polnischen Gebietes betroffen, da die Notausbildung der neuen Kräfte unmöglich die Routine ersetzen kann, die sich die deutschen Eisenbahnbeamten in langjähriger Tätigkeit erworben haben.

### Oberschlesien.

#### Satiristen.

Die „Gazeta Lubowa“, die bekanntlich an der Spitze aller polnischen Feuilletons marschiert und im Besonderen und Besonderen alles dessen, was deutsch ist, gewiß schon den Gipfel erreicht hat, veröffentlicht in ihrer letzten Sonntagsnummer folgende gar schrecklich klingende Mär:

„Die Deutschen wollen in Oberschlesien Unruhen hervorrufen! Seit längerer Zeit schon machen unter dem ober-schlesischen Volks-Gerichts die Kunde, nach denen radikale alldeutsche Elemente Unruhen in Oberschlesien heraufbeschwören wollen. In Rybnik z. B. hat man in Schindlers Restaurant die Unterredung zweier deutscher Patrioten belauscht, in der die Franzosen als eine „effläche Nation“ und die Polen als „polnische Schweine“ bezeichnet wurden. Einer von diesen, ein gewisser Nowak aus Rybnik, erbot sich an diesen Unruhen teilzunehmen. Der Aufstand soll aber erst nach der Niederlage sämtlicher Kriegsgefangener aus Frankreich ausbrechen und soll den Zweck haben, die in Oberschlesien weilenden Franzosen und die polnischen Führer niederzujagen. Die ganze Schuld soll aber den Polen aufgeschoben werden. Es haben bereits geheime Sitzungen verschiedener außerschlesischer Organisationen stattgefunden, ebenso sollen Waffen und Munition zur Verteilung gelangt sein. Der Heer und das Hauptorgan dieser geheimen Organisation ist die „Sicherheitswehr“. Wir laden hiermit die Aufmerksamkeit sämtlicher Befugungsbeholden auf die hieraus bestehende Gefahr, damit sie in schnellster Weise dem neuen Unheil

durch energisch eingeleitete Untersuchung und Aufhebung der „Sicherheitswehr“ (!) vorbeugen.  
\* Der Hebräer ist wohl ungeschickt, als daß eine Wiberlegung notwendig wäre.  
Un glaubliche Verheugung.

**Wyslow 1. März.** Als der Leiter des Maslowitzer Schullinspektionsbezirktes in Krasow in Begleitung weiterer Amtspersonen erschien, um dort die zweite Lehrprüfung eines Lehrers abzunehmen, wurden sie von einer drohenden Volksmenge empfangen, welche die Herausgabe der Schüler nach Haus verlangte, weil sie nicht gewillt seien, ihre Kinder von den Deutschen gewissenlos umbringen zu lassen. Drei Kinder seien bereits gefoltert und die übrigen Kinder würden heute geimpft werden, und zwar mit einem Gift, welches einer der Herren mit sich führe. Dabei wurde auf eine Wärmeflasche gezeigt, in welcher der eine Herr warmen Kaffee für sich mitbrachte. Die so schamlos verächtlichen Personen verließen, die aufgeregte Menschenmenge zu beschwichtigen, ja sie boten aus der Wärmeflasche Kaffee an, aber alles war vergeblich, denn die einmal mittraulich gemachten und betörten Einwohner von Krasow blieben dabei, ihre Kinder sollen vor der Abkündigung umgebracht werden, damit die Abkündigung zugunsten der Deutschen ausfalle.

Am einem der nächsten Tage hatte Schulrat Beyher in dem von Krasow benachbarten Dorfe Krasow ebenfalls eine zweite Lehrprüfung abzunehmen, und als er zu diesem Zwecke im Schulhaus erschien, da wiederholte sich derselbe unerquickliche Vorfall wie in Krasow. Und als Freitag in Birkental eine zweite Lehrprüfung vorgenommen wurde, war auch hier dasselbe Bild. Jede Belehrung, jede Aufklärung der aufgeregten Menschenmenge war auch wie in Krasow und in Birkental erfolglos. Man kann also sehen, daß keine Behauptung so dumm sein kann, um nicht ihre Anhänger zu finden.

Das Traurige ist aber die Tatsache von der Verheugung, daß den deutsch sprechenden Personen, den Lehrern und Amtspersonen, direkt die Drohung entgegengehalten wurde: Bevor wir unsere Kinder vergiften lassen, vergiften wir Euch und schlagen Euch tot. Hier sieht man deutlich, wohin die von großpolnischer Seite betriebene Verheugung führen soll? Für ein solches Verbrechen gibt es keine Begehung! Je dümmere, je toller soll es in dem Birkental zugehen und da bestreiten die Großpolen von ihrer Seite aus jegliche Agitation. Hier kann nur ein entschließendes Eingreifen von Seiten der Entente größeren Unheil verhindern.

### Paß-Verordnung.

**Oppeln, 1. März.** Die Interalliierte Verwaltungskommission hat folgende bestimmt:

Artikel 1. Jeder darf das oberhalbige Gebiet betreten, ohne mit einem rechtmäßigen Paß versehen zu sein. Dieses Schlichtmaß wird auch von solchen Personen gefordert, welche das Gebiet zu verlassen wünschen.

Artikel 2. Die nach Oberhalbigen eingereichten Paßsind an der Abfahrtsstelle zur Beglaubigung der französischen Konsularbehörden an unterbreiten, denen der Saub der oberhalbigen Interessen während der Beglaubigung der Interalliierten Kommission obliegt.

Artikel 3. Paß die mit Oberhalbigen benachbarten Länder betrifft, hat man sich für die Beglaubigung vorläufig an folgende Stellen zu wenden: In Deutschland an das französische Konsulat in Berlin. In Polen an das Konsulat in Warschau oder an das Konsulat in Posen. In der Tschechoslowakei an die Botschaft in Prag oder an das Konsulat in Bratislava.

Artikel 4. Jede Oberhalbigen betretende Person hat innerhalb drei Tagen ihren Paß dem Herrn Offizier oder Kreisinspektor zur Beglaubigung zu unterbreiten.

Artikel 5. Besondere Verfügungen werden die Aufstellungsbedingungen der Paße festsetzen, welche den Verkehr der Grenzwohnhaften Personen, die ihrer Beschäftigung wegen die Grenze öfters zu überschreiten haben, erleichtern sollen. Von heute an hat man bei den Herren Offizieren und Kreisinspektoren provisorische Scheine zur Unterbreitung der Grenze an bestimmten Stellen, zu bestimmter Zeit und zu bestimmten Zwecken zu holen.

Artikel 6. Jede Person muß sich mit einem rechtmäßigen beglaubigten Paß versehen, auch wenn sie nur das Abkündigungsgelände durchkreuzt.

Artikel 7. Die zum Verlassen des oberhalbigen Gebietes erforderlichen Paße werden vom Direktor der Abteilung des Jeners in Oppeln ausgestellt.

Was die entlassenen Kriegsgefangenen betrifft, die in die Heimat zurückgeführt werden sollen, kann der Paß durch den Entlassungsbefehl ersetzt werden. Dieser Paß wird dem Träger als Paß gelten. Die anderen die sich betreffenden Bestimmungen sind auch für den Entlassungsbefehl gültig.

### Nochmals der Paßzwang.

**Oppeln, 3. März.** Die Abfertigung der Interalliierten Kommission geht dahin, den Paßzwang vom 1. April d. J. ab einzuführen. In Schlesien aus der Strecke: Nisse und Dambrau auf der Strecke Breslau werden Kontrollstellen eingerichtet. Wie bekannt, soll der Paßzwang streng eingehalten und ganz besonders auch die Verschlebung von Lebensmitteln außerhalb des Abkündigungsgeländes äußerst streng bekämpft werden.

### Befehl der Besatzungstruppen.

**Posen, 3. März.** Die feindliche Besatzung hier besteht aus Italienern. Es verlan-

det, daß bald ganz Oberschlesien von Italiener besetzt werde und die Frauen fortgezogen würden. Eine Bekämpfung dieser Dummsinnung ist noch abzuwarten.

### Die polnischen Hoffnungen.

**Kottbus, 1. März.** Nach einer Meldung der „Times“ erwartet man in Warschau bei der Abkündigung in Oberschlesien drei hundert Stimmen für den Anschluß an Polen. In Warschau würden schon Vorbereitungen für die Übernahme der Verwaltung von Oberschlesien zum 1. August getroffen.

Dieses auch von deutschen Zeitungen wiedergegebene „Times“-Telegramm soll suggestiv wirken. Es stellt alles andere dar als eine Siegeskassare, sondern läßt lebhaft die Hoffnungen anwachsende Hoffnung der Polen erkennen, die durch den Umschlag der Stimmung in Oberschlesien hervorgerufen ist.

### Der Abkündigungstermin in Oberschlesien.

**Genf, 1. März.** Nach einer Meldung des Berliner „Tempo“ hätte Minister in der Sitzung des Kammerausschusses für Auswärtiges am Sonntag mit, daß die Volkabkündigung in den nächsten Landestagen unmittelbar nach Pfingsten begangen würde. Zunächst ist die Volkabkündigung für Oberschlesien in Aussicht genommen, um einem dringenden Wunsch der verbündeten Polen zu entsprechen. Das ist natürlich Unsin. Im § 4 des Artikels 88 des Friedensvertrages heißt es bezüglich der Abkündigung in Oberschlesien:

„Die Abkündigung soll nach Ablauf einer von den obersten alliierten und assoziierten Mächten zu bestimmenden Frist stattfinden, die nicht unter 6 Monaten und nicht über 18 Monate, gerechnet von dem Tag des Beginns der obgenannten (interalliierten) Kommission in dem Bezirk, betragen darf.“

Die Abkündigung in Oberschlesien darf also frühestens Mitte August stattfinden. Den Wunsch der Großpolen nach baldiger Abkündigung kann man allerdings begreifen, da die Stimmung für Warschau unter den Oberschlesien auf dem absteigenden Ast ist.

### Die Frage der oberhalbigen Gemeindevahlen.

**Oppeln, 2. März.** Am 19. Februar sollte in Oppeln eine Stadtverordnetenversammlung stattfinden, diese wurde von dem Stadtkontrollleur Oberk Thomaß nicht genehmigt, der, wie gemeldet, bei der interalliierten Kommission erst eine Entscheidung über die Gültigkeit der oberhalbigen Gemeindevahlen einholen wollte. Diese Entscheidung ist bisher noch nicht gefallen. Man muß aber, wie die „Oppelner Nachrichten“ schreiben, die Genehmigung zur Abhaltung einer Sitzung der Stadtverordneten erstellt worden. Die Sitzung findet am 4. März statt. Der Sitzung wird ein Generaloffizier beiwohnen.

Wie die „Oppelner Nachrichten“ erfahren, wird der Stadtkontrollleur für Oppeln, Oberk Thomaß, nach Glogau verlegt. Die Abreise, die heute erfolgen sollte, ist bis Ende der Woche hinausgeschoben worden. Oberk Thomaß hat sich in Verkehr mit den Behörden und der Bürgererschaft sehr zuvorkommend gezeigt. An seine Stelle kommt ein französischer Major nach Oppeln.

### Eine oberhalbige Währung?

Unsere kürz. Notiz über die in oberhalbigen Geschäftskreisen umlaufenden Gerüchte betr. Einführung einer oberhalbigen Währung veranlaßt die „Schl. Zig.“ zu folgenden Kombinationen: Diese Notiz ist nichts anderes als ein neuer Fühler in der Richtung der Autonomie Oberschlesiens. In nachstehenden Kreisen des Feindbundes ist man, da das Vertrauen zu der staatsbehaltenden Kraft der Polen schwand und seit der Besetzung die deutsche Mehrheit sich in einer für die Abkündigung ausschließlichen stärkeren Stimmung zeigt, dem Autonomiegedanken näher getreten, um Oberschlesien auf alle Fälle von Preußen-Deutschland zu trennen. Daher die Bestrebungen, mit Hilfe der Besatzungsmacht allmählich den eigenen Staatsverwaltungskörper aufzubauen. Mit den Elementen aus Paris importierten Briefmarken fing es an, dann folgte der Verkauf, ein besonders Oberlandesgericht für Oberschlesien zu schaffen, bei dessen Abwehr die oberhalbigen Rechtsanwältelender den Anwälten am Breslauer Oberlandesgericht in den Rücken gefallen sind. Die Idee der eigenen Geldwährung, auch nur „unverbindlich“ ins Volk geworfen, ist die beste Propaganda für die Vertreter des Autonomiegedankens. Sie hält den Schwankenden und noch am allgemeinen deutschen Vaterlande Festhalten den lebenden Gehalt entgegen. Oberschlesien, so sagt man, habe mit seinen Kohlen und anderen Industrieprodukten die besten Zahlungsmittel und seine Wälder werde deshalb mindestens dem englischen Sterling gleichkommen. Es werde bei seinen starken Geschäftsbeziehungen zu Deutsch-

land dort ebenso wie heute das Ausland spottbillig einkaufen und teuer verkaufen und so das Geld in Scheffeln häufen. Und Geld, Gelddienende sei die Lösung in Oberschlesien. Sollten die deutschen Oberschlesier sich dadurch einlassen lassen und ihr altes Vaterland vergeffen und verlustgeben?

### Die Abkündigung.

**Kottbus, 3. März.** Aus Glatztelegraphen wird berichtet, daß die Volkabkündigung in Oberschlesien am frühesten 1. August stattfinden werde. Wahrscheinlich werde der 15. Juli als Abkündigungstag gelten. Es soll verhandelt werden, die Abkündigung an dem Sonntag vorzunehmen zu lassen.

### Geneignung für oberhalbige Beamte.

**Berlin, 4. März.** Zuverlässig kann behauptet werden, daß die sofortige Freilassung der am 17. Februar vom französischen Kriegsgericht in Glogau zu Gefängnisstrafen verurteilten Beamten Droon, Brodors und Dieck auf telegraphische Anweisung einer höheren französischen Instanz erfolgt ist.

### Wie man's macht, ist's falsch.

In dieser schweren Zeit geschah es doch manchmal noch ganz ergötzliche Dinge. Einen großartigen Spätkaktien sich nämlich die national-polnischen Gemeindevorteiler in Boguskiß OS. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei wollte den Polen entgegenkommen und deshalb polnisch sprechen. Da kam er aber schlecht an. Mit großer Entrüstung füllten die Nationalpolen über ihn her und verwahrten sich das ganz entschieden, indem sie u. a. riefen: Polnisch dürfen hier nur die Anhänger der national-polnischen Partei sprechen!

Das ist etwas ganz Neues! Was sagt ihr dazu, polnisch sprechende und deutsch sprechende Leute?

### Volales u. Provinzialles.

**Coblenz, den 5. März 1920.**

§ (Zeinen 60 Geburtstagen) geht am heutigen Tage in voller Blüthe und Frische Herr Sanitätsrat Dr. Blumeneich hier selbst. Seit 35 Jahren, ein ganzes Menschenalter hindurch, postulierte der Jubilar in dieser Stadt und hat, was ihm rühmend nachgelobt werden muß, in letzter Zeit, während der Kriegsjahre als alleiniger Arzt hier selbst, zum Wohle der lebenden Menschheit überaus fruchtbar gewirkt. Böde es dem Jubilar vergönnt sein, noch viele Jahre hindurch seine Berufstätigkeit in derselben Weise ausüben zu können.

§ (Unsere sämtlichen Schulen) nehmen den Unterricht am Montag, den 8. d. Mts., wieder auf. Besuchen der Eltern wird das mit Freude begrüßt werden. Auch die Vorlesungen der Volkshochschule beginnen wieder an diesem Tage.

§ (Frühlingsboten.) Die Stare sind eingetroffen und lassen sich bald, besonders in den Anlagen beim städtischen Elektrizitätswerk, ihreieder erkennen.

§ (Gesangsverein für Coblenz und Umgebung.) In der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung wurden zunächst 14 neue Mitglieder aufgenommen, sodas der Verein nunmehr 34 Mitglieder zählt. Die entworfenen Statuten wurden von der Versammlung angenommen. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: A. Nowak als Vorsitzender, G. Stutzer als Stellvertreter, G. Döber als Schriftführer, Joh. Stiekera als Stellvertreter, R. Nawroth als Kassierer, Vinzent Troll, Franz Kuh, Wacyschastl-Pawlowsky und Balde-Goldmannsdorf als Beisitzer. Bei der Stellungnahme zu Tagesfragen wurde u. a. folgende Beschlusse: 1/20 mit M. 150, 1/40 mit M. 2,25, 1/20 M. 4,60.

§ (Erfolgreiche Tätigkeit der Sicherheitswehr.) Seit einiger Zeit sind am hiesigen Orte 4 Mann der Sicherheitswehr stationiert, denen auch die Aufgabe zugewiesen worden ist, dem Lebensmittelwucher und Schleichhandel zu steuern. Am Mittwoch abend beschlagnahmte eine Patrouille der Wehr am hiesigen Bahnhof ca. 1 1/2 Zentner Schweinefleisch, das in zwei Säcken und in einem Eimer verpackt war. Die beiden Säcke waren an den Seiten mit Karbottin angefüllt, ebenso befand sich oben eine Schicht Karbottin, sodas der Inhalt bei oberflächlicher Prüfung harmlos erschien. Das in dem Eimer verpackte Fleisch war mit einer Schicht Wäskase bedeckt, sodas man auch hier ohne weiteres den kostbaren Inhalt nicht vermuten konnte. Die gewissenhafte Prüfung verdächtigter Sendungen seitens der Sicherheitswehr kann nicht lobend genug hervorgehoben werden, denn nur bei

einem korean Vorgehen gegen alle unfauberen Elemente dürfte den Schiefern und Schlechtbühlern (wir meinen natürlich auch solche mit anderen Lebensmitteln und Schraubengegenständen etc.) die Luft zu ihrem das Volkwohl untergrabenden Handwerk vergehen.

**(Schöphen)** wurde am Mittwoch abend dem Invaliden Joh. Karwath herzlich aus dem Stalle eine Biere. Derselbe ist am nächsten Morgen abgeholt, mit Wasser gewaschen, im Strohhaube wieder aufgefunden worden. Man ist den Epheuben bereits auf der Spur.

**(Die Feinheits-Entschädigung in den Stadtvorordnungsungen.)** Von sachverständiger Seite wird dem „Oberst. Ratler“ gefürchtet:

Seit Durchführung der Stadtvorordnungs-Verordnungen in den Stadtvorordnungsungen für häufige Feinheitsentwürfe gestellt. Die Bestimmungen derselben in der Regel die Möglichkeit der Klage an und so werden Geschäftsbetriebe nicht auf der Tagesordnung gehalten haben und zu dem der Magistrat nicht hat Klage nehmen können, zum Schaden derer. Derartige Feinheitsentwürfe werden nicht anzuheben und ungeschicklich.

Der § 39 der Stadtvorordnungs-Verordnung, daß die Zusammenberufung der Stadtvorordnungsunterstützung der Landbesitzer mit Zustimmung der Stadtvorordnungs-Verordnung zu dem Stadtvorordnungs-Verordnung hat. Mit nur eine Magistrat ist die Stadtvorordnungs-Verordnung nicht die vorgeschriebene Frist eingehalten worden, sie kann nicht zu werden, aber die hier zugewandene Beratungsgesellschaft müssen der Stadtvorordnungs-Verordnung vor der Sitzung bekannt gegeben werden. Für alle Stadtvorordnungs-Verordnung, die die Stadtvorordnungs-Verordnung sollen, ist die Zusammenberufung der Stadtvorordnungs-Verordnung erfolgt, daß die Magistrat an die Zusammenberufung gelangt sind, daß der § 56 der Stadtvorordnungs-Verordnung bestimmt, daß der Magistrat die Stadtvorordnungs-Verordnung vorzubereiten hat. Der Magistrat hat das Recht, wenn nicht sogar die Pflicht, nachträglich auf andere Weise zu verfahren.

**(Achtung Eltern und Vormünder.)** Die Zeit, so lausende von Kindern aus den Schulen verlassen werden, rückt immer näher heran und ist die Eltern vor die schwere und verantwortungsvolle Frage: „Was sollen meine Kinder werden?“ Häufige Dienste sind durch den unglücklichen Ausgang des Krieges verschoben, viele in ihrer Entwicklungsmöglichkeit behindert, so so mancher von ihnen die frühere Berufswahl nicht möglich geworden. Die Eltern selbst können aus eigener Erfahrung nur das Bestreben, auf die Kinder zu achten. Sie können, da sie das Verbleiben ist zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht kennen, eine richtige Wahl des Berufes für ihre Kinder nicht treffen und sollen zumal noch zweifelhafte Aussprechungen und Versprechungen zum Opfer. Ein zu jeder Beziehung unparteiischer und von sachverständigen Stellen erteilter Rat in allen Arten der Berufsbildungsmöglichkeit ist daher dringend notwendig. Die Möglichkeit, sich von einer solchen Stelle beraten zu lassen, ist durch das hiesige Kreisberufamt gegeben, welches aus gleichem Teile von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt, fernar von öffentlichen Verwaltungen und von privater Seite unterstützt, Gewähr dafür bietet, daß jede Beratung sachgemäß ohne jede Befürsichtigung und unparteiisch erfolgt. Die Eltern werden darum gebeten, mit ihren Kindern und Eltern das Kreisberufamt zur Beratung und Vermittlung zu besuchen. Die Zweifelhafte des Kreisberufamtes finden im Kreisberufamt Hauptkommissionen (Zentralbüro der Kreisberufamt) in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags statt. Die Beratungen und Vermittlungen in geeignete Berufsbereiche sind unentgeltlich.

**(Die neuen Postgebühren.)** Der Verkehrsvertrag beim Reichspostministerium hat sich mit dem von der Partei beschlagnahmte, die die folgende Höhe vorgeschlagen werden: Briefe im Orts- und Fernverkehr 0,30 Mk., Pakete bis 5 Kilogramm 1,25 Mk., über 5 Kilogramm und Fernverkehr 2,00 Mk., Einschreibbriefe 0,50 Mk., Versicherungsgeld pro 1000 Mk. 1,00 Mk., Postkarten 0,20 Mk. für Orts- und Fernverkehr, Drucksaften 10, 20, 40, 60, 80 Pfg., Postanweisungen bis zu 50 Mk. 0,50 Mk., bis 200 Mk. 1,00 Mk., bis 500 Mk. 1,50 Mk., bis 1000 Mk. 2,00 Mk., Zeitungsbahnhofsbriefe 0,30 Mk., Baggage für postlagernde Sendungen 0,10 Mk., Telephon- und Telegrammgebühren-Erhöhung um 100 Prozent.

**(Erhöhung der Händelpreise.)** Während bisher der Höchstpreis für ausländische Händelpreise einschließlich Steuer 600 Mark betrug, stellen sich die Herstellungskosten

samt Steuer für inländische Händelpreise jetzt auf 1600 Mk., die Riffe zu 1000 Pakete zu 10 Schachteln. Die Preise für ausländische Händelpreise übersteigen die Preissteigerungen in Schweden und wegen des schlechten Standes unserer Valuta den Preis der inländischen Händelpreise außerordentlich, so daß der Einheitspreis beibehalten worden ist. Auch die Veränderungen des Handels wüßten wegen der Verteuerung der Verteilungskosten eine erhebliche Erhöhung erfahren. Der Einheitspreis für inländische und ausländische Händelpreise beträgt für das Paket zu 10 Schachteln 3,50 Mk. Von diesem Preise haben die Hersteller für die Riffe 1250 Mk. in die vom Reichswirtschaftsministerium verwaltete Ausgleichskasse abzuführen, um den Höchstpreis für ausländische Händelpreise begleichen zu können.

**(Die Beamtenbesoldungsreform)** ist der Nationalversammlung zugewandt. Besondere Verhandlungen erhalten die Eisenbahner.

**(Reine Sommerzeit.)** Die Einführung der Sommerzeit kommt, wie die „Vollst. Zeitung“ erzählt, auch für 1920 nicht in Frage, nachdem die Nationalversammlung im Vorjahr den betreffenden Bescheid mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

**(Der Kleingeldmangel.)** Das Finanzministerium teilt mit: Seit längerer Zeit sind keine Kupfermünzen mehr hergestellt worden. Die noch vorhandenen Kupfermünzen werden bei dem hohen Kupferpreis von der Bevölkerung nicht in der Verkehr gehalten, sondern zurückgehalten und verankert. Es besteht daher jetzt ein großer Mangel an Kleingeld. Für die Dauer dieses Mangels bleibt also nichts anderes übrig, als erforderlichenfalls die zu zahlenden einmaligen und laufenden Beträge auf volle 5 und 10 Pfennige nach oben abzurunden, so daß beispielsweise zu zahlen sind bei einmaligen Zahlungen Mark 20 Mark 13 Pfg. = 20 Mark 15 Pfg. und bei 15 Mark 16 Pfg. = 15 Mark 20 Pfg. Falls es sich um Zahlungen handelt, die nicht im Reichsbanknoten oder Reichsbanknoten getilgt werden können, sind schon in den Zahlungsaufstellungen die auf volle 5 oder 10 Pfg. nach oben abgerundeten Beträge anzugeben.

**(Kleines Schutzwort.)** In Beantwortung einer Anfrage der Nationalversammlung teilte der Reichswirtschaftsminister mit, daß die im Vordere genutzte Reichsbanknotenverfälschung G. m. K. für den beträchtlichen Teil der Schutzwörter bereits mehrere Hunderttausend Paare durch an die Kommandobehörde verteilt hat, welche die Schutzwörter zum Preise von 60 bis 70 Mark abgeben sollen. Es wird weiter mitgeteilt, daß in der nächsten Zeit mit einer weiteren Verteilung von größeren Mengen Schutzwörter zu rechnen ist. Wo sind diese kleinen Schutzwörter?

**(Schweizerische Heberart im Kreise Ratibor.)** Aus Haasch Kreis Ratibor wird gemeldet: Bismarck treiben tschechische Agenten in den Dörfern Haasch, Ebnau, Kravonitz und Groß Peterwitz, welche zum obersteichischen Abstammungsgebiet gehören, eine weiße Propaganda für den Anschluß dieser Gemeinden an Tschechien und Schemen selbst vor Berechnung nicht zurück. So haben tschechische Heberart die Gemeindeführer aus Haasch überredet, beim Landbesitzer in Troppau die Einverleibung von Haasch in die tschechisch-slowakische Republik zu fordern, ohne von der Gemeinde auch nur die geringste Vollmacht zu besitzen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Komander der Troppauer Grenzregulierungskommission stufte einmütig die Grenzen zwischen Haasch einerseits und Grenzort-Rudersdorf andererseits ab. Die Bauern aus Haasch mußten auf ihren Feldern erscheinen und mit Ingegnung zugehen, wie ein vier Meter langer Weg als Grundstück festgelegt wurde. So wurde die Gemeinde Haasch in das Abtretungsgebiet einbezogen, obwohl nach den mit General V. Mond in Paris getroffenen Vereinbarungen die Gemeinde Haasch zum obersteichischen Abstammungsgebiet gehört und das Selbstbestimmungsrecht ausüben darf. Die Einverleibung von Haasch nahm nun in einer zahlreichen besetzten Gemeindeversammlung zu diesen unerhörten Vorgängen Stellung. In tschechischer Weise wurde das tschechische und österreichische Verhalten einzelner Personen geäußert. Von verschiedenen Seiten wurde ausgesprochen, daß die Vereinhaltung des Selbstbestimmungsrecht ein schweres Unrecht an der Gemeinde Haasch sein würde, daß die Gemeinde unter allen Umständen die Abtretung in Österreich abwarten wolle. Ganz offen, unter Nennung von Namen, wurde behauptet und getadelt, daß die tschechische Verwaltung die Einverleibung von Haasch in die tschechisch-slowakische Republik nur aus Eigenruhm, zur Wahrung einer einseitigen Verwaltung erstrbe. Ein entsprechender Protest wurde der tschechischen Regierung überreicht.

**(Rechtsanwalt Dr. Gahrath's Redelt nach Ratibor über.)** Der lange Jahre in Rhybnitz praktizierende Rechtsanwalt Dr. Gahrath, der dort auch in der Kommunalpolitik eine große Rolle spielt, kehrt nach Ratibor über und ist als Anwalt beim Landgericht zu lassen.

**Wentzen D. S., 2. März.** Die Witwe Schwan hier beging am 4. März ihren 100. Geburtstag. Sie erfreut sich noch einer außerordentlichen Gesundheit.

**Ev. Gemeinde Sohrau O.S.**  
Sonntag, den 7. März etc., nachm. 1/2 3 Uhr:  
Deutscher Gottesdienst.

**B e f a n n t m a c h u n g.**  
Betrifft: Schlesische Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit.

Durch den Austausch der Ratifikationsurkunden am 10. Januar 1920 ist der Krieg beendet. Die im § 4 der Bedingungen der Schlesischen Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit für den Krieg 1914 vorgesehene Annahmefrist von 3 Monaten endet mit dem 4. April 1920. Diejenigen Hinterbliebenen gefallener oder an den Folgen einer sonstigen Kriegseinwirkung verstorbenen und versichert gewesener Kriegsteilnehmer, die ihre Ansprüche noch nicht geltend gemacht haben, werden aufgefordert, die Anmeldung bis spätestens 9. April 1920 bei dem Landeshauptmann in Breslau 2, Landeshaus, zu bewirken. Bis einschließlich 9. April 1920 noch eintrudende Kriegsterbefälle versichert gewesener Kriegsteilnehmer müssen unverzüglich bei eingetretenerm Tode bei vorgenannter Dienststelle angemeldet werden.

Die geldlichen Anteilsscheine und eine großstämmliche Sterbeurkunde (sog. Reichsformal) sind der Anmeldung beizufügen. Wird der versicherte Kriegsteilnehmer vermisst, so muß in Ermangelung der Sterbeurkunde eine beglaubigte Abschrift des amtserrichtlichen Urteiles, das den Kriegsteilnehmer für tot erklärt, beigelegt werden. Kriegsterbefälle, auf die schon Abschlagszahlungen gewährt waren, brauchen nicht noch einmal angemeldet zu werden.

Am 10. April 1920 beginnt die Abrechnung, die sich mit Rücksicht auf die sehr große Anzahl von Kriegsterbefällen mindestens mehrere Wochen hinziehen dürfte. Die sich das Ende genügen gehalten werden, läßt sich heute noch nicht voraussagen; bekanntlich werden die eingezahlten Beträge nebst Zinsen, abzüglich der Verwaltungskosten auf die Anteilsscheine der gefallenen oder vermissten Kriegsteilnehmer verteilt. Im allgemeinen ist wenig Aussicht auf ein günstiges Ergebnis vorhanden, da die Zahl der Kriegsterbefälle außerordentlich hoch ist. Rhybnitz, den 17. Februar 1920.

**J. B. gez. Untersticht.**

**B e f a n n t m a c h u n g.**  
Die Interalliierte Kommission will wegen Verhinderung künstlichen Düngers für die Landwirtschaft Schritte unternehmen.

Die Herren Landwirte werden ersucht, ihren Bedarf an künstlichem Dünger bis zum 8. März etc. im Zimmer 6 bei uns anzumelden. Spätere Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Sohrau O.S., den 4. März 1920.  
Der Magistrat. J. B.: Hartog.

**B e f a n n t m a c h u n g.**  
Der Stadtgemeinde ist eine ganz geringe Anzahl Kinderstühle (40 Paare) zugewiesen worden. Mitbewerber hierauf werden von den berechtigten Personen im Stadtschreibamt — Zimmer Nr. 4 — bis zum 10. d. M. entgegen genommen.

Sohrau O.S., den 5. März 1920.  
Der Magistrat. J. B.: Hartog.

**B e f a n n t m a c h u n g.**  
Ehrensache der Ablieferung an Brotgetreide nebst Gerste hat sich die Reichsgetreidebehörde entschlossen, für alle Ablieferungen der genannten Getreide bis zum 15. März 1920 je Ctr. 15,00 Mark Ablieferungsbäume zu zahlen und zwar rückwärts für alle Lieferungen ab 15. August 1919.

Etwa schon gezahlte Ablieferungsbäumen (siehe Rundverfügung vom 8. Januar 1920 — S. 81 —) werden angerechnet. Rhybnitz, den 23. Februar 1920.  
J. B.: gez. Stragoda.  
Erglaubigt: gez. Schmalz.

Befehende Abschrift bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntnisnahme.  
Sohrau O.S., den 2. März 1920.  
Der Magistrat. J. B.: Hartog.

**Zeitungsausträger(in)**  
kann sich zum Austragen des Stadtblattes melden.  
P. Hunold.

Der Unterricht an der hiesigen katholischen, evangelischen und jüdischen Volksschule, sowie an der höheren Knaben- und Mädchenschule wird am **Montag, den 8. März** wieder aufgenommen.  
**Die Schulleiter.**

Wir bitten sehr um Entschuldigung, daß infolge Ausbleibens der Filme der für Mittwoch angeführte 4. Volksabend ausfallen mußte. Er findet bestimmt am 16. d. Mts. statt.

Montag, den 8. d. Mts., werden die Vorlesungen in vollem Umfange wieder aufgenommen.

#### Volkshochschule.

#### Bekanntmachung.

Der Austausch auf den Vierdarmkäse soll für 1 Jahr neu verpackt werden, ebenso der Austausch für den Vierdarmkäse am 17. d. M. Zu diesem Zweck haben wir einen Termin auf Montag, den 8. d. M., um 11 Uhr im Stadtschreiberamt, Zimmer Nr. 3, anberaumt, wozu Pächter und Lieferanten eingeladen werden.  
Sohrau OS., den 6. März 1920.  
Der Magistrat. J. B. Harting.

#### Bekanntmachung.

Die Versteigerung am Döllner Wege soll verpackt werden. Zu diesem Zweck haben wir einen Termin auf Montag, den 8. d. M., vormittags 11 Uhr im Stadtschreiberamt, Zimmer Nr. 3 anberaumt, wozu Pächter und Lieferanten eingeladen werden.  
Sohrau OS., den 4. März 1920.  
Der Magistrat. J. B. Harting.

#### Bekanntmachung.

Zur anderweitigen Verpackung der Jahre- und Wochenmarktschilde vom 1. April d. J. ab haben wir einen Termin auf Montag, den 8. d. Mts., vormittags 10 Uhr in unserem Stadt- und Polizeischreiberamt — Zimmer Nr. 3 — anberaumt, zu welchem Pächter und Lieferanten eingeladen werden.  
Sohrau OS., den 6. März 1920.  
Der Magistrat. J. B. Harting.

#### Zwangs-Versteigerung.

Zum Zweck der Aufhebung der Gemeindefiskal soll am 5. Mai 1920, vormittags 10 Uhr an Ort und Stelle im Rogojsna versteigert werden das im Grundbuche von Rogojsna, Kreis Rybnik, Band II Blatt Nr. 28 (eingetragene Eigentümern am 12. Februar 1920, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: die verheiratete Marianna Jozow geb. Nowarra zur zweiten Hälfte und beghaltend des zweiten Miteigentumsanteils des verstorbenen Johann Jozow in angelegter Erbengemeinschaft: die Witwe Marianna Jozow, geb. Nowarra und deren Kinder: a) Schmid Josef Jozow aus Rogojsna, b) Walter Johann Jozow aus Rybnik, c) Arbeiterfrau Marie Korans geb. Jozow, d) ledige Franziska Jozow, e) Glendreher Robert Jozow, f) Alois Jozow, g) Theodor Jozow, sämtlich aus Rogojsna, eingetragene Grundbesitzer-Versteigerung Rogojsna Kartenblatt 1: Nr. 231/98, 232/98, 226/99, 224/100, Kartenblatt 2: Nr. 34/4, 83/5, Grundbesitzer-Versteigerung: 4.66 Taler, 2.24,74 ha groß, Grundbesitzer-Versteigerung Nr. 52, Nutzungswert 24 M., Gebäuderversteigerung Nr. 28 a, b, c, d.

Das Grundstück besteht aus Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Kuhstall, Scheune mit Keller, Schuppen, Acker, Wiese an der Chauffee nach Sohrau OS. und an der Vorbrügger Grenze.

Sohrau OS., den 24. Februar 1920.

Das Amtsgericht.

#### Derjenigen Person,

die sich bei der letzten Forderung für berechtigt fühlte, mich öffentlich aufzufordern, die Bank für Dritte zu räumen, antworte auch ich öffentlich, daß es eine große Unwissenheit ist, mir irgendwelche Anweisung zum Verlassen des Platzes zu geben, da es sich nicht um ihren eigenen Platz handelte und sich mehrere Personen in derselben Bank befanden, für welche 6 Bänke im Pressbyterium zur Verfügung stehen. Es ist sonderbar, weshalb wieder meine Person angegriffen werden mußte.  
Plichta.

#### Die Person,

welche am Montag aus meinem Hausflur einen leeren Wagen weggenommen hat, ist erkannt und wird ersucht, denselben innerhalb 8 Tagen zurückzubringen, andernfalls Anzeige erfolgt.

Ludwig Tometzki.

### Curt Müller, Beuthen O.-S.

Färberei und chemisches Reinigungswerk.  
Größtes und modernstes Unternehmen Oberschlesiens.  
30 eigene Läden. 30 eigene Läden.

### Filiale: Sohrau, Breitestraße 65

im Hause des Herrn Julius Hensel  
empfiehl sich zum Reinigen und Färben.  
Sauberste Ausführung. Schnellste Lieferung.

### H. Schleier, Sohrau

empfiehl sich zum Abschluß von  
Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-,  
Feuer-, Einbruch-Diebstahl-  
Versicherungen.

Telephon Nr. 12. Postcheckkonto Breslau 8180.

### Reichenbergers Zahnateller

Sohrau O.-S., Ring Nr. 129.

Zahnziehen, Plomben,  
Stiftzähne, künstl. Zahnersatz,  
Umarbeitung schlechtesitz. Gebisse. Reparaturen etc.

### Lichtspielhaus Sohrau

am Ring.

Sonntag, den 7. März 1920:

Phantomas. Phantomas.

### Der gelbe Schatten.

Sensationelles Detektivdrama in 4 Akten  
von Helmuth Ortmann und Dr. J. Güter,  
mit Wolf Loer als Phantomas  
in der Hauptrolle.

Detektiv. Detektiv.

### Ihre Hochwohlgeboren Fräulein Kammer-Jungfer.

Reizendes Lustspiel in 3 Akten mit Lya  
Ley in der Hauptrolle.

### Musikbegleitung: Klavier und Violine.

Anfang 1/2 6 Uhr, zweite Vorführung 8 Uhr

Um gütigen zahlreichen Besuch bittet

Die Direktion.

### Spazierstöcke

in großer Auswahl

eingetroffen

A. Adamek, Zigarrenhaus, Sohrau Ring.

Anständiger, brauchbarer

### Kutscher

bei hohem Lohn, freier Wohnung, elektr. Beleuchtung und Feuerung, dessen Frau beim Heubinden verdienen kann, nur für dauernde Stellung melde sich. Kann auch ledig sein.

Meldung bei Frau Slotta, Niederworfstadt 188, oder Geschäftsstelle dieser Zeitung.  
J. Sokalla, Saborze.

### 1 Säuchen zur Zucht

ist sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle d. Bl.

### Schwarzer Stämmgarn-Mod

(Cattawa) und passender Weste, beides sehr gut erhalten, für Mittelgröße, zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

### Verloren gold. Trauring

gest. G. N., 28. 11. 16. Gegen Belohnung abgegeben in der Exped. d. Bl.

### Kath. Jugendverein Sohrau OS.

Am Sonntag, den 7. März cr.,  
nachmittags 4 Uhr:

#### Sigung

im Vereinslokale.  
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.  
Per Vorstand.

### Männer-Gesangverein Sohrau O.-S.

Sonntag, den 6. d. M.,  
abends 8 Uhr:

#### Gesangs-Abend

im Hotel „Zur Post“.  
Per Vorstand.

### Sauerfraut

hat teilweise preiswert abgegeben

J. Pallowski.

### Bruteier

von auf Begehrung gegünsteten  
Weibsen Wyandottes, „ à Stück 2.00 Mk.  
Minorka Kreuzungstieren, „ „ 1.50 „  
Verpackung Selbstkostenpreis, unfr. Nachnahme.  
Kühn, Pawlowitz Nr. 104.

### eine Vorarbeiterin und 9 Mädchen zum Spargel- stechen

bei freier Verpflegung.  
Emil Dettmann,  
Weinereien Hof, bei Dönnower.

Ein wenig gebrauchter  
dunkler Anzug ist zu verkaufen.  
Mittlere Figur. Zu erfragen bei  
Gregor Oppawsky, Mähmenstraße 86.

Ein gebrauchtes, aber noch gut erhaltenes  
Schaufenster suche ich zu kaufen.  
M. Gamon, Wagenbauer.

### 1 Schlüsselbund mit 3 Schlüsseln

auf der Breitestraße verloren. Gegen Belohnung  
abzugeben in der Exped. d. Bl.

### 1 Drei-Zimmer-Wohnung

wird sofort oder vom 1. Juli gesucht. Von  
wem? sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

#### Eine Bedienung

für mehrere Tage sucht bei guter Bezahlung  
Frau Gertrud Panofsky.

Ende für sofort

### ein anständiges Dienstmädchen

Frau Kaufmann Hallas.

#### Ein Dienstmädchen

wird für sofort oder 1. April gesucht.  
Brysch.

### 1 Vermessungslehrling und Bedienung

wird fürs Bureau gesucht.  
Vermessungsbureau R. Olowson,  
Sohrau OS., Ring, „Hotel zur Post“.  
Suche für Niederworfstadt per 1. April durch-  
aus zuverlässigen

#### Alter-Schaffer

mit Hofgängern

bei höchsten Bezügen.  
Holla, Kreuzdorf.